

Arbeitspapier zur Tagung:

Globalisierung als Aufgabe

Handlungsmöglichkeiten und Gestaltungsoptionen der Politik

Expertenkolloquium der Evangelische Akademie Loccum

vom 10. bis 12. Dezember 1999

Harald Schumann

Das Jahrhundert des Kapitalismus

Globalisierung

IX. DAS JAHRHUNDERT DES KAPITALISMUS: 1. *Der große Aufschwung* (24/1999);
2. *Die Globalisierung* (25/1999); 3. *Aufstieg und Krise des Sozialstaats* (26/1999);
4. *Die neue Arbeitswelt* (27/1999); 5. *Modell Japan* (28/1999)



Kleinunternehmer in Vietnam; Container-Verladung in Rotterdam; DaimlerChrysler-Präsentation an der Wall Street; Luxusgeschäft in Seoul

DAS JAHRHUNDERT DES KAPITALISMUS

Die Globalisierung

Der Siegeszug des Kapitalismus scheint alle Grenzen niederzureißen. Die Magie des Marktes verspricht der Welt mehr Wohlstand und Sicherheit. Gleichzeitig wachsen die sozialen Spannungen, der Graben zwischen Gewinnern und Verlierern wird tiefer.



Importiertes Obst im Hamburger Hafen (1934): Nach der Logik des Marktes wären Kriege vermeidbar

„Revolution des Kapitals“

Von Harald Schumann

Auf dem Höhepunkt des Booms erreicht die Marktwirtschaft wahrhaft globale Dimensionen. Der internationale Handel wächst seit Jahren schneller als die Produktion und führt die Nationen immer enger zusammen. Zugleich errichten Unternehmen rund um die Erde eigene Produktions- und Vertriebsnetze und operieren über alle Grenzen hinweg.

Neue Technologien zerstören weltweit die alten wirtschaftlichen Strukturen. Die Menschen können schneller und besser über Ländergrenzen hinweg kommunizieren. Und viele werden in einer völlig veränderten, technisierten und rationalisierten Arbeitswelt überflüssig.

Die Globalisierungswelle unserer Zeit? Weit gefehlt – die dramatische, grenzensprengende Neuordnung der Industriegesellschaft traf auch schon unsere Groß- und Urgroßeltern. Die Phase der national organisierten Volkswirtschaften gehe ihrem Ende entgegen, prophezeite der amerikanische Ökonom Richard Ely, „die nächste Stufe wird die Weltwirtschaft sein“. Das war im Jahre 1903.

Der Prozeß der Globalisierung, die weltweite Verschmelzung von Märkten und

Unternehmen, von Wissen und Kulturen auf dem Wege des Handels mit Waren und Kapital, hatte bereits vor 100 Jahren große Teile der Menschheit erreicht. Bis 1914, schreiben die Wirtschaftshistoriker Kevin O'Rourke und Jeffrey Williamson in ihrem demnächst erscheinenden Buch „Globalization and History“, war fast jeder Ort auf der Erde irgendwie mit Auslandsmärkten verbunden: über die Preise für Güter, über ausländisches Kapital in der Infrastruktur, über importierte Produktions-

und Geschäftsmethoden. Parallel dazu überschlugen sich die technologischen Neuerungen. Autos und Filme, Röntgenstrahlen und elektrisches Licht, Telefon und synthetische Farben versetzten die Menschen damals ebenso in Erstaunen wie heute die Elektronik, das Internet oder die Gentechnik.

Die Bill Gates der Epoche hießen Werner Siemens oder Thomas Edison. In einer Generation bauten sie Laboratorien und Werkstätten zu Weltkonzernen aus. Um



New Yorker Aktienbörse
Gewinne zu Lasten von Löhnen und Jobs

die Jahrhundertwende besaß die Siemens-Familie bereits 30 Produktionsstätten rund um die Welt und kontrollierte über eine Schweizer Finanzholding Elektrizitäts-, Straßenbahn- und Beleuchtungsgesellschaften von Argentinien bis Rußland.

Der Ausbau des Eisenbahnnetzes, die Konstruktion immer größerer Handelsschiffe sowie die Vernetzung der Weltmärkte durch Telegraf- und Telefonleitungen trieben das Wirtschaftswachstum an. Im Jahre 1880 lagen weltweit erst knapp 370 000 Kilometer Bahnschienen, 1912 waren es mehr als eine Million. Im gleichen Zeitraum wuchs die Tonnage der Welthandelsflotte um mehr als das Doppelte, und die Kapazität der unterseeischen Telefontelefonkabel legte in 17 Jahren um 70 Prozent zu. Londoner Börsenbroker mußten im Jahr 1913 nicht einmal mehr eine Minute auf eine Verbindung warten, wenn sie mit ihren Partnern in New York Kurse und Aufträge austauschen wollten.

Damit wurden aus fernen Regionen lockende Wachstumszentren. Chicago etwa verwandelte sich binnen zweier Jahrzehnte von der Frontstadt am Rande der Wildnis in eine Weltmetropole, die mit ihrer Warenterminbörse die Weltmarktpreise für Getreide, Fleisch und Holz bestimmte.

Das Schienennetz, das in der Stadt zusammenlief, war größtenteils von europäischen Investoren finanziert. Sie profitierten von einem grenzenlosen Finanzsystem, das sich mit dem britischen Empire in weiten Teilen der Welt durchgesetzt hatte.

Damals bestimmte das Vereinigte Königreich – ganz ähnlich wie heute die USA – die geschäftlichen und monetären Regeln, stellte mit dem Pfund die global akzeptierte Währung, und die Banker der City verwalteten große Teile des Vermögens der Reichen Europas. Sie steckten es in Tausende von geschlossenen Fonds für Minen, Eisenbahnen oder auch öffentliche Kanalsysteme in den aufstrebenden Regionen. Vergleichbar den heutigen Risikokapitalfonds produzierten sie dabei ebenso überragende Erfolge wie spektakuläre Pleiten.

Barings etwa, ausgerechnet jene Bank, die 1995 an den Fehlspekulationen ihres Repräsentanten in Singapur bankrott ging, wurde gut 100 Jahre zuvor schon einmal an den Rand der Pleite gedealt. Der damalige Crash mit Argentinien-Bonds zwang das Institut nur deshalb nicht zum

Konkurs, weil die Bank of England großzügig Kredit gab, um die Anleger nicht zu verprellen.

So durchlebten die Industrieländer in den drei Jahrzehnten vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs einen Entwicklungsschub, der den Umbrüchen des laufenden Jahrzehnts an Wucht in nichts nachsteht. Das 20. Jahrhundert begann so, wie es endet – mit einer weltweiten intensiven Verflechtung der Volkswirtschaften.

Aber so verblüffend die Analogien zwischen einst und heute, so groß sind auch die Unterschiede, und so vieldeutig sind die möglichen Schlüsse. Vielen Ökonomen der neoklassischen Schule, die dazu neigen, den Markt als eigentliche Triebkraft der

feierten schon in ihrem „Kommunistischen Manifest“ die „Vernichtung der uralten Industrien“ durch neue, „deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird“. Und fasziniert bewunderten sie die so herbeigeführte „ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände“, mit der „alle eingerosteten Verhältnisse aufgelöst“ würden.

Das klingt nicht nur zufällig nach Zitate aus den Standortreden des Industriepäsidenten Hans-Olaf Henkel, der unter Verweis auf den „Orkan der Globalisierung“ gegen die „veralteten Strukturen“ und die „Konsenssoße“ im deutschen Wohlfahrtsstaat zu Felde zieht. Was Henkel, Giersch und andere Bannerträger des



Werbung in Ho-Tschi-minh-Stadt: Wachsende Angst vor neuen Gefahren

Geschichte anzusehen, scheint die Sache klar: Es gibt nichts Neues im Universum.

„Globalisierung ist nur ein neues Wort für einen schon lange währenden Vorgang: die räumliche Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaftsweise bis an den Rand der Welt“, meint etwa Herbert Giersch, der langjährige Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und Doyen der deutschen Wirtschaftswissenschaft.

Folglich gehe aller Streit über die Gefahren der globalen Verflechtung fehl. „Der Prozeß der Globalisierung ist im Trend und irreversibel“, meint Giersch und weiß sich darin einig mit der wirtschaftlichen Elite Europas und Nordamerikas. „Man sollte sich ihm anpassen und nicht sich ihm widersetzen.“

Gern berufen sich Giersch und andere Marktgläubige auf Karl Marx und Friedrich Engels, die „recht behalten“ hätten. Diese

modernen Globalismus mit Marx gemeinsam haben, ist die Vorstellung, es gebe so etwas wie einen vorbestimmten Weg der Entwicklung der Menschheit.

Solchem ökonomischen Determinismus kann freilich nur huldigen, wer die Zeit zwischen 1914 und 1973 lediglich als vorübergehende Abweichung vom graden Pfad des Fortschritts abtut. Denn diese sechs Jahrzehnte verbrachte die Menschheit damit, ebendiese grenzensprengende Kraft des Kapitalismus entweder mit Gewalt zu bekämpfen oder in ein Korsett aus Regeln und weltweiten Abkommen zu zwingen.

Den Beginn dieser Periode markierte die bis dahin größte Katastrophe der neueren Geschichte: der Erste Weltkrieg. Er läutete, nach einem kurzen Zwischenhoch in den zwanziger Jahren, die radikale Abkehr von der weltwirtschaftlichen Integration ein. Das vordem stabile, beinahe global

„Die Globalisierungsdiskussion ist eine Mehrzweckwaffe, um den gesellschaftlichen Reichtum von unten nach oben zu verteilen.“

FRIEDHELM HENGSBACH IM SPIEGEL-GESPRÄCH VOM 3. MÄRZ 1997

gültige Währungs- und Handelssystem verschwand. Eine vergleichbare internationale Wirtschaftsordnung entstand erst wieder nach 1945, und das auch nur auf der westlichen Seite des Eisernen Vorhangs.

Erst 50 Jahre später erreichte der Weltmarkt, gemessen als Anteil an der weltweiten Produktion, wieder das Niveau von 1913 (siehe Grafik). Und erst in den achtziger Jahren ließen sich die Industriestaaten wieder auf einen liberalisierten Kapitalverkehr ein, dessen Umsatzvolumen dem der Vorkriegszeit nahekommt.

So ist am Ende des „Jahrhunderts der Globalisierung“, wie Giersch es nennt, zumindest eines unbestreitbar: Die stetige Ausdehnung der Marktwirtschaft ist keineswegs vorbestimmt. Der Lauf der Geschichte kann durchaus die entgegengesetzte Richtung nehmen. Es handelt sich – altmodisch ausgedrückt – um einen dialektischen Prozeß. Wo immer das Gesetz von Angebot und Nachfrage gegen bestehende Strukturen durchgesetzt wird, erzeugt dies auch Gegenbewegungen. Und das Resultat ist offen.

Wären die Ereignisse lediglich der Logik des Marktes gefolgt, hätte der Erste Weltkrieg gar nicht stattfinden dürfen. Für Großbritannien, dessen Reichtum auf ungestörten Handelsbeziehungen beruhte, galt das ebenso wie für das wirtschaftlich äußerst erfolgreiche deutsche Kaiserreich. Jenseits der Rüstungsproduktion hatte die deutsche Industrie durch einen Krieg wenig zu gewinnen, aber viel zu verlieren.

Der Konzernführer Hugo Stinnes etwa war sich darüber völlig im klaren. Stinnes, ein dynamischer Unternehmer wie aus dem Lehrbuch, hatte 1898 durch die Verbindung seiner Essener Kohlenzeche mit dem städtischen Elektrizitätswerk begonnen, „Kohle per Draht“ zu verkaufen und legte damit den Grundstock für den heutigen Konzernkoloß RWE.

Im September 1911 stritt sich Stinnes mit Heinrich Claß, einem der Führer der rechtsradikalen „Alldutschen Bewegung“, die für einen baldigen Angriffskrieg trommelte. Man könne doch, hielt der Kapitalist dem Kriegstreiber entgegen, „nach und nach die Aktienmehrheit von diesem oder jenem Unternehmen erwerben“, die „Kohlever-sorgung Italiens an sich bringen“ oder „wegen der notwendigen Erze in Schweden und Spanien unauffällig Fuß fassen“ und sich „sogar in der Normandie festsetzen“. Stinnes: „Also drei oder vier Jahre Frieden, und ich sichere die deutsche Vorherrschaft in Europa im stillen.“

Ähnlich argumentierte der Hamburger Bankier Max Warburg, der für die weltweit tätige Bank seiner Familie (heute größtenteils im Besitz des Schweizer Geldriesen UBS) im Kriegsfall das Schlimmste fürchten mußte. Eine Woche vor dem kriegsauslösenden Atten-



Siemens-Chip-Produktion in Singapur: Grenzenlose Mobilität

tat in Sarajevo versuchte er, Kaiser Wilhelm II. von dessen Kriegsplänen abzubringen. Er hielt ihm entgegen, so notierte er in seinem Tagebuch, „Deutschland werde mit jedem Jahr des Friedens stärker. Abwarten könne uns nur Gewinn bringen“.

Kurz darauf siegte der imperiale Wahn über das Streben nach Gewinn – für neoklassische Ökonomen wie Giersch bis heute eine Art Unfall der Geschichte, für den es keinen Zusammenhang zur stürmischen Globalisierung jener Zeit gibt.

Schon Joseph Schumpeter, Erfinder der berühmten Formel von der „schöpferischen Zerstörung“ durch innovative Unternehmer, vermochte sich „das aggressive Verhalten der Staaten“ nicht so recht aus den Interessen der Beteiligten zu erklären. Der Imperialismus, so schrieb er 1919, gehe wohl zurück auf „die starke Lebenskraft der vorkapitalistischen Elemente“.

Doch vieles deutet darauf hin, daß gerade der rasende Triumph von Kapital und Markt dazu beitrug, diese „Elemente“ für die Kriegsbereitschaft zu mobilisieren. Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts, meinen die Wirtschaftshistoriker O'Rourke und Williamson, habe sich ein „massiver Rückschlag gegen die Globalisierung“ und das liberale Wirtschaftsregime abgezeichnet. Und der begann in Kontinentaleuropa bei den großen Verlierern des weltwirtschaftlichen Umbruchs: den Bauern und Großgrundbesitzern.

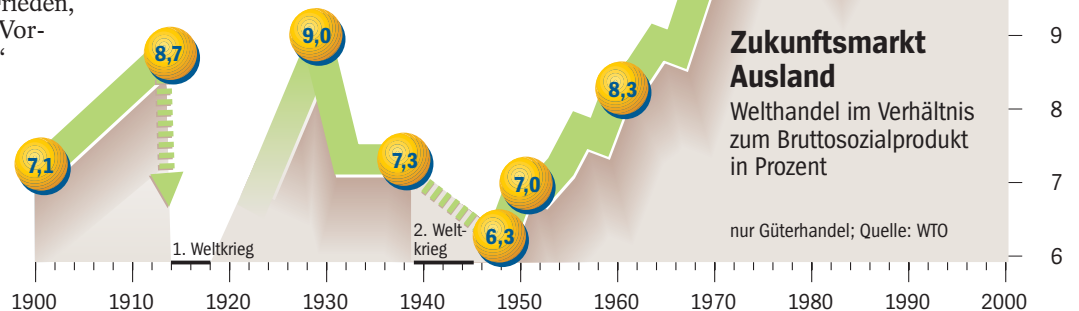
Die Revolution im Transportwesen schwemmte Millionen Tonnen billiges Getreide aus den USA und Rußland auf die

europäischen Märkte und stiftete massive Unruhe, insbesondere unter Preußens Junkern. Ihre Einkünfte brachen um bis zu 50 Prozent ein.

Im Bruch mit dem bis dahin geltenden wirtschaftsliberalen Zeitgeist verschanzte die Regierung von Kaiser Wilhelm ihre „Grüne Front“ hinter hohen Zollmauern, die bis 1902 auf bis zu 47 Prozent des Warenwertes angehoben wurden. Die meisten anderen europäischen Länder folgten dem deutschen Beispiel.

Der protektionistische Rückfall vermochte jedoch den Bedeutungsverlust der Agrarier nicht auszugleichen. Als die Statistik kurz vor der Jahrhundertwende erstmals mehr Beschäftigte in der Industrie als in der Landwirtschaft auswies, verursachte das nahende Ende der ländlichen Gesellschaft massive Verlustängste.

Im Jahre 1897 hielt der Ökonom Karl Oldenberg vor dem evangelischen Sozialkongreß in Leipzig eine Brandrede, die einen jahrelangen Streit um die welt-





Fabrikarbeit bei Siemens in Nürnberg (um 1912)*: Lange Zeit nur bescheidene Renditen für die Geldgeber

wirtschaftliche Verflechtung auslöste. Oldenberg wettete gegen die drohende Abhängigkeit Deutschlands von „Bauernstaaten“ wie den USA oder China. Gehe die Entwicklung weiter, drohte er, „werden wir immer mehr exportieren müssen, um uns zu ernähren“. Folglich sei der Maschinenexport „Totengräberarbeit“ an der Nation. In solchen Ausbrüchen, meint der Bielefelder Wirtschaftshistoriker Werner Abelshäuser, „artikulierte sich erheblicher Widerstand gegen die Globalisierungsdynamik jener Zeit“. Dieser prägte die Politik der Vorkriegszeit und bereitete den Boden für das Streben nach Autarkie.

Auch der Historiker Joachim Radkau, ein brillanter Chronist der deutschen Industriegeschichte, stieß in zahllosen Quellen auf die allgegenwärtige Angst vor dem plötzlich so nahen Ausland. Da war etwa angesichts des wirtschaftlichen Erfolges der USA vielfach von der „amerikanischen Gefahr“ die Rede. Zwar erzielte beispielsweise die deutsche Maschinenbauindustrie zwischen 1902 und 1907 ein Exportwachstum von vollen 600 Prozent. Aber die zunehmende Exportabhängigkeit, so Radkau, „machte anfällig für die Psychose des internationalen Wettlaufs“.

Parallel dazu durchdrang weite Teile der Gesellschaft das Gefühl der Überforderung. „Das Zeitalter der Nervosität“ betitelte Radkau sein Buch über den Zeitgeist der Epoche, deren großes Thema die fortwährende Beschleunigung war. „Tempo“ war das universale Modewort, und die Neurasthenie, die übermäßige Erregbarkeit, stieg zur Volkskrankheit auf.

Wilhelm Erb, der führende Neurologe jener Zeit, machte dafür die „ins Unangemessene gesteigerte Konkurrenz“ verantwortlich. Bürger wie Nationen seien „zu



Werner Siemens (M.), Familie: Teilhabe der Arbeiter

gewaltig vermehrten Anstrengungen im Kampfe um ihr Dasein genötigt“.

Man ersetze die Worte „Tempo“ und „Nervosität“ durch „Flexibilität“ und „Streß“, dann klingt das verblüffend vertraut. Und so wie sich damals die Agrargesellschaft auflöste, schrumpfen heute die Milieus der lebenslang beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Trotzdem erscheint es ganz und gar unwahrscheinlich, daß sich die daraus resultierenden Spannungen noch einmal in einem Krieg zwischen den führenden Wirtschaftsmächten entladen könnten. Im Gegenteil, die moderne Form der Globalisierung führt das Denken in nationalen Kategorien zusehends ad absurdum.

Die amerikanische Historikerin Mira Wilkins, Expertin für die Geschichte der Kapitalmärkte, sieht darin den entscheidenden Unterschied zum globalen Aufbruch vor 100 Jahren: „Die Vernetzung der internationalen Finanzströme und das Volumen der direkten, grenzüberschreiten-

den Investitionen hat eine völlig andere Qualität.“

Schon über 53 000 transnational tätige Unternehmen mit knapp 450 000 Niederlassungen zählten 1998 die Experten der Unctad, des Genfer Uno-Zentrums für Weltwirtschaft. Auf diese entfallen rund zwei Drittel des gesamten Welthandels, die Hälfte davon wickeln sie innerhalb ihrer firmeneigenen Netzwerke ab.

Ein Volkswagen Polo, montiert in Pamplona, enthält Zulieferteile aus 16 Ländern, von Mexiko bis Tschechien. Toyota

produziert genauso viele Fahrzeuge im Ausland, wie der Konzern aus Japan exportiert. Und umgekehrt würde die US-Autoindustrie zusammenbrechen, wenn sie auf die Zulieferung japanischer Hersteller verzichten müßte.

So scheint der Krieg als politische Option in den Wohlstandsländern nur noch etwas für Wirmköpfe zu sein. Ein japanischer Angriff auf die Vereinigten Staaten käme der Vernichtung von fast einer halben Billion Dollar Anlagekapital des Aggressors gleich. Und auf welcher Seite eines europäisch-amerikanischen Konflikts würde DaimlerChrysler-Chef Jürgen Schrempf stehen? Die Mehrheit seiner Beschäftigten sind Europäer, aber ein Drittel der Aktien werden in den USA gehalten.

Bringt also die globale Verschmelzung im zweiten Anlauf den großen Frieden, eine Art Pax Globalis im Zeichen des Marktes? Schön wär's.

Doch so beruhigend die Befriedung zwischen den Großmächten von einst auch verlaufen mag, so bedrohlich wachsen mit dem globalen Siegeszug des Kapitalismus

* Herstellung von Elektrizitätszählern.



Landarbeiter (1923): Neue Technologien zerstören alte Strukturen

soziale Spaltung und politische Instabilität. Sowohl zwischen den Völkern als auch innerhalb der Nationen vertieft sich der Graben zwischen Gewinnern und Verlierern. Das Potential für einen weiteren Rückschlag wächst.

In verblüffender Gleichförmigkeit öffnet sich quer durch alle Wohlstandsländer die Schere zwischen Lohneinkommen auf der einen und Kapitalgewinnen auf der anderen Seite. In den USA lag der Stundenverdienst für vier Fünftel der Erwerbstätigen im Jahr 1995 um 11 Prozent unter dem Stand von 1973, während die Wirtschaftsleistung pro Kopf um über 30 Prozent zulegte.

Aller Zuwachs floß nur noch einem Fünftel der Bevölkerung zu, und auch dies höchst ungleich. Das reichste Prozent aller Haushalte verdoppelte im gleichen Zeitraum die Einkommen.

Die wachsende Ungleichheit ergab sich aus der Reaktion auf die japanische und



Stahlarbeiter (1997): Hatte Marx recht?

europäische Konkurrenz, die zu Beginn der achtziger Jahre die Weltmärkte eroberte. „Amerikas Industrie wurde förmlich in die Knie gezwungen“, erinnert sich Stephen Roach, Chefökonom der Wall-Street-Bank Morgan Stanley. „Auf diesen Schmerz“ (Roach) antworteten die Unternehmen mit einer bis dahin nie dagewesenen Welle von Entlassungen und Lohnkürzungen. Nach einem Jahrzehnt „downsizing“ und „re-engineering“ verfügen die USA nun wieder über die „produktivste Ökonomie der Welt“ („Business Week“).

Zugleich aber hat sich ihre Gesellschaftsstruktur deutlich verändert. „Wenn die Flut steigt, steigen mit ihr alle Boote auf dem Wasser“, auf diese Formel brachte John F. Kennedy einst den Zusammenhang zwischen Wachstum und Massenwohlstand. Diese Metapher trifft heute nicht mehr zu – der Wohlstand wächst nicht gleichmäßig für alle.

Zu Kennedys Zeiten verdiente Amerikas Top-Manager etwa 44mal soviel wie

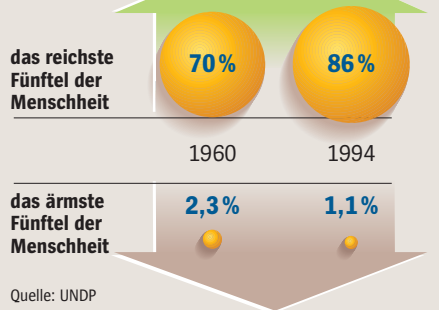
ge werden abgestoßen, Dienstleistungen gehen an ausgelagerte Unternehmen, die keine Tariflöhne zahlen. Die Arbeitszeiten werden wieder verlängert.

Als Konzernchef Heinrich von Pierer im Februar zur Hauptversammlung in die Münchner Olympiahalle lud, trafen die Interessen frontal aufeinander. „Tüchtige Rambos“ wünschte sich ein Aktionärsvertreter an die Konzernspitze, und „radikale“ Schritte wurden gefordert. Demgegenüber warnten Belegschaftsvertreter vor „den falschen Propheten der Finanzmärkte“, deren „überhöhte Renditeforderung zu Lohn- und Sozialdumping“ führe.

Von Pierer, obwohl alles andere als ein Rambo, versprach Shareholder-value: „Wir müssen mehr Geld verdienen.“ Das klang zu Zeiten der ersten globalen Markterschließung ganz anders. Er sehe, schrieb Firmengründer Werner von Siemens seinerzeit, „im Geschäft erst in zweiter Linie ein Geldeswerth Object“. Ihm ging es um technischen Fortschritt sowie die Teilhabe

Abgrund zwischen Arm und Reich

Verteilung des Welt-einkommens



„Es drängt sich der Schluß auf, daß die Globalisierung und ihre sozialen Folgen eher autoritären als demokratischen Verfassungen Vorschub leisten.“

RALF DAHRENDORF IN DER „ZEIT“ VOM 14. NOVEMBER 1997

seiner Mitarbeiter am Erfolg: „Mir würde das verdiente Geld wie glühendes Eisen in der Hand brennen, wenn ich meinen Gehilfen nicht den verdienten Anteil gäbe.“

So zeitigt die Globalisierung eine paradoxe Entwicklung: Volkswirtschaftlich macht sie die Wohlstandsnationen reicher, allein in Deutschland nimmt mit jedem Prozent Wachstum das Volkseinkommen um rund 37 Milliarden Mark zu. Nur dient die Erwerbsarbeit immer weniger als Medium zur Verteilung dieser Zuwächse. Auf Löhne und Gehälter entfällt ein immer kleinerer Anteil am Ertrag (siehe Grafik).

Zugleich können die nationalen Regierungen die Steuerpolitik nicht mehr nutzen, um dagegenzuhalten. Über die internationalen Finanzmärkte haben sich die Staaten in einen weltweiten Steuersenkungswettbewerb für Unternehmen und Kapitalbesitzer verstrickt, um sie zu Investitionen zu animieren. Folglich wächst die Steuerlast für jene, die sich nicht entziehen können: Arbeitnehmer und Verbraucher. In der Europäischen Union zahlten Lohn- und Gehaltsempfänger 1995 im Schnitt 13 Prozent mehr, Kapitalgesellschaften dagegen fast 40 Prozent weniger Steuern als ein Jahrzehnt zuvor.

Wie die grenzenlose Mobilität des Kapitals die Macht zwischen Staat und Markt verschiebt, erfuhren zuletzt die Steuerpolitiker der rot-grünen Koalition. In keinem anderen großen Industrieland, so errechneten Fachleute der OECD, werden so wenig Gewinnsteuern eingetrieben wie in Deutschland. Aber den Versuch der gerade gewählten Sozialdemokraten, die ungleiche Belastung per Gesetz zu korrigieren, quittierten die betroffenen Unternehmen mit der Drohung, Zehntausende von Arbeitsplätzen ins Ausland zu verlagern. Allen voran wehrte sich Henning Schulte-Noelle, Chef des bislang besonders begünstigten Finanzriesen Allianz, gegen eine ohnehin nur zeitweilige Steuerermehrbelastung von jährlich 625 Millionen Mark, während sein Finanzchef eine Gewinnsteigerung um 25 Prozent auf 8,3 Milliarden Mark bekanntgab. Bundeskanzler Gerhard Schröder ergab sich der Übermacht. Folgsam empfing er die Steuerboykotteure im Kanzleramt und versprach Besserung.

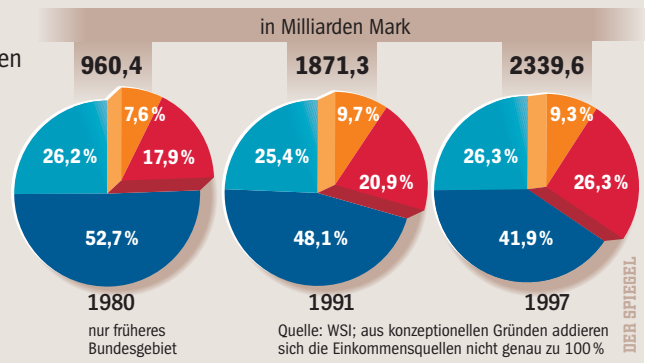
Die „Revolution des Kapitals“, wie das „Handelsblatt“ den Chef eines großen deutschen Unternehmens zitierte, birgt allerdings erhebliche Risiken. Denn das politische Signal ist verheerend: Auch demokratisch gewählte Regierungen können der zunehmenden Ungleichheit nicht mehr entgegenwirken. Solche Entwicklungen seien „der Demokratie nicht förderlich“,

Kapital gewinnt

Verfügbares Volkseinkommen in Deutschland

Kapitalerlöse:

- **Vermögenseinkommen**
Zinsen und Dividenden
- **Entnommene Gewinne**
z. B. aus Unternehmen
- **Nettolohn/-gehalt**
- **Renten, Sozialhilfe, Arbeitslosenunterstützung u. a.**



urteilt der deutsch-britische Ur-Liberale Ralf Dahrendorf und wöhnt die Menschheit an „der Schwelle zum autoritären Jahrhundert“.

Zugleich finden ökonomisch falsche Klischees wie „die Globalisierung macht uns arm“ oder „das Ausland nimmt uns die Arbeit weg“ scheinbare Bestätigung im Alltag. So verschaffen gerade die Profiteure des globalen Markts auslandsfeindlichen Ressentiments fortwährend neue Nahrung und treiben Rechtspopulisten und Protektionisten Wähler zu.

Alle Spannungen innerhalb der Wohlstandsgesellschaften erscheinen jedoch harmlos im Vergleich zu dem Abgrund, der sich zwischen ihnen und dem Rest der Welt auftut. Im Jahr 1960 erzielte das Wohlstandsfünftel der Weltbevölkerung ein Pro-Kopf-Einkommen, das etwa 30mal höher lag als die Wirtschaftskraft der ärmsten 20 Prozent; heute erreicht die Differenz das 78fache. Die weltweit registrierten 358 Dollar-Milliardäre sind gemeinsam gerechnet so reich wie die

ärmeren 2,5 Milliarden Bewohner des Planeten, fast die Hälfte der Weltbevölkerung.

Die „wesentliche Verbesserung des Lebensstandards“ in den „unterentwickelten Ländern“, die der amerikanische Präsident Harry Truman 1949 noch voll naiver Zuversicht den Armen der Welt versprach, findet nicht statt. In wuchernden Stadtmonstern wie Manila, São Paulo oder Lagos bestimmen nicht Aufstieg und Wohlstand, sondern sozialer Verfall und ökologische Zerstörung den Alltag von drei Fünfteln der Menschheit.

Eine kleine Minderheit steigt in die Welt von Nike, Sony oder Volkswagen auf, für den großen Rest bleibt dieses Ziel für immer unerreichbar. Der massenhafte Ausschluß aus dem Paradies erzeugt tiefe Abwehr und die Sehnsucht nach Identität und Gemeinschaft. So bestellt der Trend zur globalen Annäherung gleichzeitig den Boden für ethnische, religiöse und andere Fundamentalismen aller Art. „Dschihad gegen McWorld“ nennt der US-Politologe Benjamin Barber diesen globalen Megatrend in Anlehnung an das arabische Wort für den „Heiligen Krieg“ gegen die Ungläubigen, auf den sich die radikalen Islamisten berufen. Barber prophezeit „Mikrokrise bis weit ins nächste Jahrtausend“ nach dem Modell Afghanistan und warnt, die neue Epoche könnte „postnational, zugleich jedoch auch unheilbar postdemokratisch werden“.

Alles nur finstere Visionen? Vielleicht. Noch glauben die meisten Regierungspolitiker, Konzernchefs und ihre akademischen Berater fest daran, daß die grenzenlose Ausdehnung der Marktwirtschaft nach westlichem, genauer: nach US-amerikanischem Muster zur globalen Mehrung von Wohlstand und Sicherheit führt. „Die Globalisierung wirkt sich auf Entwicklungsländer segensreich aus“, versichert etwa BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel. Unternehmen aus Industrieländern hätten dort zig Millionen Arbeitsplätze geschaffen und eine Basis für die industrielle Entwicklung gelegt.

Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung – so lautet die eiser-



S: ATTAL / VISUM / PLUS 49

Billiglohn-Arbeiter*: Sinkender Verdienst

* In New York.

ne Formel, mit der Westeuropäer und Amerikaner gemeinsam mit Hilfe des von ihnen regierten Internationalen Währungsfonds (IWF) der Weltbank und der Welt Handelsorganisation seit drei Jahrzehnten die Marktintegration des Südens vorantreiben. Doch die Resultate sind nicht ermutigend.

In Mexiko etwa müßte längst der Wohlstand eingezogen sein. Seit 17 Jahren befolgen die Regierungen der 94-Millionen-Nation südlich des Rio Grande folgsam die Ratschläge des IWF. Sie privatisierten die Staatsindustrie, fuhren Staatsdefizit und Inflation herunter und öffneten ihren Kapitalmarkt. 1993 schloß Mexiko mit den USA und Kanada sogar das Freihandelsabkommen Nafta ab. Multinationale Konzerne, von Bayer bis Motorola, eröffneten Fertigungsbetriebe.

Aber von all dem profitierte nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. Die neuen Fabriken sind hochgradig importabhängig und bieten nur wenig neue Arbeitsplätze. Gleichzeitig setzte die Öffnung gegenüber den Vereinigten Staaten wichtige nationale Wirtschaftsbereiche der US-Konkurrenz aus. Eine Importwelle überschwemmte das Land, und die arbeitsintensive, mittelständische Industrie sowie die bäuerliche Landwirtschaft mußten weichen. Allein im Maschinenbau wurde die Hälfte aller Betriebe geschlossen. Das Wirtschaftswachstum sank unter die Zuwachsraten der Bevölkerung.

Angelockt durch hohe Zinsen und Mexikos Ruf als IWF-Musterschüler, finanzierten US-Investmentfonds mit dem Kauf von Peso-Bonds einen Boom auf Pump. Im Dezember 1994 folgte das Unvermeidliche. Die ersten Anleger verloren das Vertrauen, die Unsicherheit schlug in Panik um, und der Wechselkurs des Peso stürzte ab.

Ein erneutes IWF-Schockprogramm führte anschließend in eine wirtschaftliche Katastrophe. Binnen weniger Monate waren 15 000 Unternehmen bankrott, an die drei Millionen Menschen verloren ihre Arbeit, und die Kaufkraft der Bevölkerung schrumpfte um ein Drittel.

Vier Jahre später gilt Mexiko als saniert, die Exportindustrie boomt wieder. Aber



Elendsviertel in Manila: Sozialer Verfall statt wachsenden Wohlstands

die „makroökonomische Gesundheit wurde auf Kosten von massenhaftem Leid erreicht“, befand das „Wall Street Journal“. Zu Beginn der neunziger Jahre mußte knapp die Hälfte der Mexikaner mit weniger als drei Dollar am Tag auskommen, nun sind es zwei Drittel der Bevölkerung.

Dabei verfügt Mexiko mit dem kurzen Zugang zum US-Markt noch über die denkbar besten Voraussetzungen. Die Aufsteiger Südasiens, die es zwei Jahre später nach dem gleichen Muster traf, werden voraussichtlich noch weiter zurückgeworfen, ebenso die Krisenopfer in Rußland und Brasilien.

Und beinahe überall nimmt die Globalisierung auf dem Weg über den Markt wieder das häßliche Gesicht des Kolonialismus an. Während von Seoul bis Buenos Aires die gerade erst gewachsene Mittelschicht verschwindet, übernehmen Amerikaner und Europäer per Schnäppchenkauf die Kontrolle in den Banken, den Schaltzentralen jeder Volkswirtschaft. Kein Wunder, daß sich in allen Krisenländern eine antiwestliche, national orientierte Opposition formiert.

Was ist schiefe gegangen?

Die gleiche Frage stand vor 45 Jahren schon einmal auf der Tagesordnung der Staatengemeinschaft. Ende Juli 1944 kamen in dem Erholungsort Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire 730 Delegierte aus 44 verschiedenen Nationen zusammen, um über eine krisenfesten Weltwirtschaftsordnung zu verhandeln. Spiritus rector der Konferenz war der britische Ökonom John Maynard Keynes, der mit dem US-Finanzstaatssekretär Harry Dexter White die Grundlinien der späteren Vertragsentwurf.

Beide Männer hielten die unkontrollierten Kapitalströme für eine der zentralen Ursachen der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre. Vor deren Ausbruch hatten Europäer und Amerikaner eisern den freien Kapitalverkehr aufrechterhalten. Der internationale Geldfluß beschleunigte jedoch erst den Boom und dann den Absturz. Anstatt aus dem damaligen Handelsüberschußland USA ins defizitäre Europa zu fließen, nahm das Kapital die umgekehrte Richtung gerade zu dem Zeitpunkt, als es in Europa am dringendsten benötigt wurde.

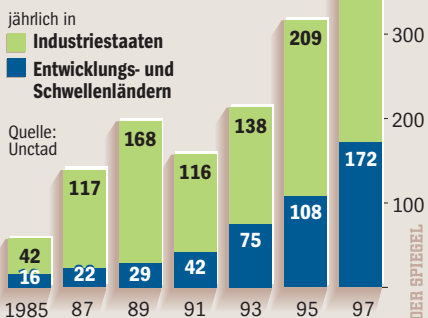
Darum, so schrieb Keynes, sei „nichts sicherer, als daß die freie Bewegung von Kapitalfonds reguliert werden muß“. Entsprechende Kontrollen, stellte sein US-Partner White klar, „bedeuten jedoch weniger Freiheit für die Besitzer liquiden Kapitals. Aber diese Beschränkung würde eben im Interesse der Völker ausgeübt“.

Das war einer der Kernpunkte des Vertragswerkes, das die Diplomaten und Finanzexperten nach 22 Tagen intensiver Arbeit paraphierten. Die Währungen der Mitgliedsländer wurden auf einen Festkurs zum Dollar festgelegt, und es entstand der IWF, der überschuldeten Staaten mit Überbrückungskrediten beistehen sollte. Artikel IV des Vertrags forderte von jedem Staat, der solche Mittel beanspruchte, er müsse Kontrollen ausüben, um einen fluchtartigen Geldabfluß zu stoppen.

Die stabile Finanzordnung ermöglichte einen Aufschwung ohne Gleichen. In den folgenden 25 Jahren wuchs die Wirtschaftsleistung in den westlichen Industriestaaten auf das Dreifache. Und die mit der Unfreiheit des Kapitalverkehrs erreichte Währungsstabilität beflügelte die

Stiefkind Dritte Welt

Grenzüberschreitende Direktinvestitionen in Milliarden Dollar





R. NOBEL / VISUM

Luxus in St. Tropez: *Abstand zum Rest der Welt*

Freiheit des Warenhandels mit Zuwachsraten wie vor 1914.

Gleichwohl trug das System den Keim des Scheiterns in sich. Weil alle Währungen an den US-Dollar gebunden waren, baute es auf die Bereitschaft der USA, ihre Geldpolitik nicht an nationalen Interessen auszurichten. Mit der Eskalation des Vietnamkrieges ließ jedoch der damalige Präsident Richard Nixon ab 1969 die Rüstungslasten mit der Notenpresse bezahlen und flutete die Welt mit billigen Dollars. Parallel dazu förderte die britische Regierung den Aufbau eines unkontrollierten, damals sogenannten Euro-Kapitalmarktes in der Londoner Banken-City.

Die Inflationierung der Leitwährung und die Mobilisierung von liquidem Kapital für spekulative Zwecke sprengten schließlich das System. Im März 1973 trugen die EG-Regierungen den Währungspakt mit den USA offiziell zu Grabe und gaben die Wechselkurse zum Dollar frei. Das war der Startschuß für das fulminante Wachstum einer heute global vernetzten Finanzindustrie, auf deren elektronisch organisiertem Weltmarkt das Schicksal ganzer Nationen entschieden wird.

Arthur Burns, damals Chef der US-Zentralbank Federal Reserve, warnte vergebens, die Entfesselung der Finanzmärkte

werde „mit Sicherheit Elend über die Menschheit bringen“. Die düstere Prognose findet jetzt, 26 Jahre und 87 Währungscrashs später, eine brutale Bestätigung.

Als sei eine Art Kurzschluß in der Weltökonomie entstanden, pflanzt sich eine Rezession, die im kleinen Thailand als Wechselkursverfall begann, über den Kanal der deregulierten Finanzmärkte seit zwei Jahren rund um den Erdball fort. Rund 40 Prozent der Weltwirtschaft befinden sich in der Rezession.

Jeffrey Garten, früher leitender Mitarbeiter im wirtschaftspolitischen Team der Clinton-Regierung und heute Dekan an der Yale-Universität, beurteilt die forcierte Öffnung der Weltmärkte inzwischen skeptisch. „Wir sind zu schnell und zu weit gegangen“, sagt Garten, „da war eine gewisse Arroganz im Spiel.“

Die Strategie der rein marktgesteuerten Globalisierung ist offenbar gescheitert. Allzu simpel war die Vorstellung, die ganze Welt ließe sich in ein großes Amerika verwandeln. Aber wie geht es besser?

1930, ein Jahr nach dem Börsenkrach und noch vor Ausbruch der großen Depression, stellte sich die Frage durchaus ähnlich. „Ökonomisch ist die Welt eine umfassende Handlungseinheit“, aber politisch sei sie geteilt geblieben, befand damals das

britische Magazin „The Economist“ und resümierte: „Die Spannungen zwischen den beiden gegensätzlichen Entwicklungen haben reihenweise Zusammenbrüche im Leben der Menschheit ausgelöst.“

69 Jahre später ist die gleiche Analyse von brennender Aktualität. Wieder sitzt die Menschheit in der Falle zwischen globaler Ökonomie und nationaler Politik. Als sich im vergangenen Januar rund tausend Repräsentanten der globalen Wirtschafts- und Politikelite zum alljährlichen World Economic Forum im Schweizer Skiort Davos versammelten, stand die Ratlosigkeit der Mächtigen der ihrer Vorgänger von damals in nichts nach.

Fast alle Redner zelebrierten den Zweifel am bisherigen Weg. „Das globale Dorf steht in Flammen“, empörte sich Ägyptens Präsident Husni Mubarak, „es muß etwas falsch sein mit einem System, das Jahre hart erarbeiteter Entwicklung ausradiert, nur weil sich Markteinschätzungen ändern.“ Und Kanzler Schröder beklagte wie einst Keynes, daß „spekulative Kapitalbewegungen ganze Volkswirtschaften an den Rands des Ruins“ treiben würden.

Aber mehr kam nicht heraus. Die Debatten über ein neues Währungsregime nach dem Muster von Bretton Woods endeten im Nirgendwo. Die führenden Wirtschaftsnationen der G-7-Gruppe zeigten sich tief gespalten, US-Finanzminister Rubin wehrte jedes Ansinnen auf eine Regulierung der Märkte strikt ab. Amerikas boomende Finanzindustrie lebt vom unbehinderten Kapitalverkehr.

So ist die Zukunft der globalen Integration der Menschheit am Ende des Jahrhunderts so ungewiß wie zu dessen Beginn. Klaus Schwab, Gründer und Präsident des World Economic Forum, sieht bereits Vorboten „einer Gegenbewegung, die unbedingt ernst zu nehmen“ sei. Es gelte zu demonstrieren, wie der globale Kapitalismus so funktionieren kann, „daß er auch der Mehrheit Nutzen bringt und nicht nur Konzernmanagern und Investoren“.

Das deckt sich mit den Erkenntnissen der Wirtschaftshistoriker O'Rourke und Williamson über die Umkehrung des Globalisierungstrends vor 100 Jahren. „Der Rückschlag entwickelte sich aus den Verteilungseffekten“, so ihre Schlußfolgerung, „die Globalisierung zerstörte sich selbst.“

Harald Schumann, 41, Koautor des Bestsellers „Die Globalisierungsfalle“, ist Redakteur beim SPIEGEL.

LITERATUR

ELMAR ALTWATER, BIRGIT MAHNKOPF: „Grenzen der Globalisierung – Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft“. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1996; 640 Seiten – *Entwicklung der globalen Integration aus marxistischer Perspektive.*
 ULRICH BECK: „Was ist Globalisierung?“ Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1997; 272 Seiten – *Zusammenfassung des neueren sozialwissenschaftlichen Diskurses.*

GERALD BOXBERGER, HARALD KLIMENTA: „Die 10 Globalisierungslügen – Alternativen zur Allmacht des Marktes“. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1998; 256 Seiten – *Eine Kritik der populären Irrtümer in der Globalisierungsdebatte.*

KEVIN H. O'ROURKE, JEFFREY G. WILLIAMSON: „Globalization and History. The Evolution of a Nineteenth-Century Atlantic Economy“. MIT Press, Cambridge 1999; 400 Seiten – *Die sozialökonomischen Folgen des Globalisierungsschubs vor 1914.*

WOLFGANG H. REINICKE: „Global Public Policy – Governing without Government?“ Brookings Institution Press, Washington 1998; 308 Seiten – *Die transnationale Politik im Zeitalter der Globalisierung.*

STEVEN SOLOMON: „The Confidence Game – How Unelected Central Bankers Are Governing the Changed World Economy“. Simon & Schuster, New York 1995; 608 Seiten – *Ein brillanter Bericht über die Verflechtung von Politik und wirtschaftlicher Macht im globalen Finanzmarkt.*